

Nachdem zum geplanten Datum 23.März kein Schlussabkommen zwischen Regierung und FARC unterzeichnet werden konnte, analysiert das Magazin SEMANA die Situation des Friedensprozesses(26.3.16)

Ohne Unterschrift in Havanna – was jetzt?

Nach langen Stunden des Wartens gaben am Mittwoch der Karwoche, dem Termin, auf den Präsident Santos und der Chef der FARC, Timoleón Jiménez (Timochenko), sich für die Unterschrift eines Schlussabkommen geeinigt hatten, die Verhandlungsführer beider Delegationen Humberto De la Calle und Timoleón Jiménez kurze getrennte Erklärungen ab, die besagten, dass man nichts erreicht habe. De la Calle betonte erneut, dass man mehr als ein Datum eine gute Übereinkunft anstrebe, und er unterstrich, dass „es niemals mehr eine Politik mit Waffen“ geben dürfe. Iván Márquez von der FARC sagte, man werde auf einer Vereinbarung bestehen, die eine „Roadmap“ zum Inhalt habe. Beide gaben zu, dass es noch immer tiefe Meinungsverschiedenheiten in wichtigen Punkten gebe. Der Tisch, an dem das Abkommen verkündet werden sollte, blieb leer.

Beide Verhandlungsteams waren fünf Tage bis in die späte Nacht in der Residenz des norwegischen Botschafters in Klausur gewesen, die man zurzeit als eine Art „neutrale Zone“ in schwierigen Momenten benutzt. Sie hatten vor, sich auf eine Route zu einigen bzw. auf eine gemeinsame Erklärung dazu. Aber es gab nur eine taktische Notiz: Die Verhandlungen werden noch mehrere Monate dauern.

In Wirklichkeit hatte zuletzt niemand mehr daran geglaubt, dass man die vor sechs Monaten vereinbarte Frist würde einhalten können. Schon am Dienstag hatten die Delegationen von Regierung und FARC die Sitzungen unterbrechen müssen, um im Baseballstadion von Havanna Präsident Obama zu treffen. Die Anwesenheit des charismatischen US-Präsidenten, der neben Raúl Castro in der ersten Reihe saß unter einem Himmel voller Friedenstauben, bedeutete das Ende des Kalten Krieges und den Beginn der Aussöhnung. Aber dieser Geist erreichte nicht die Kolumbianer, die an unterschiedlichen Seiten des Stadions dem historischen Ereignis beiwohnten. Es war vielleicht für Regierung und FARC der einzige Gang an die freie Luft binnen vieler Tage.

Obwohl es kein Foto mit Obama gab, ist hervorzuheben, dass sich Außenminister John Kerry am Montag zwei Stunden mit der Regierung und mehr als eine Stunde mit der FARC unterhalten hatte. Es gilt als historisch, dass das Sekretariat (Oberkommando) der Guerrilla hinter verschlossenen Türen mit dem Mann sprach, der die Außenpolitik der USA managt, also eines Landes, das noch immer die FARC auf seiner Liste der terroristischen Organisationen stehen hat.

Die Botschaft Kerrys war, dass ein Abkommen mit der vollen Unterstützung der USA rechnen kann, dass Eile geboten ist, weil Obama nur noch kurze Zeit im Amt ist und dass sein Land sich verpflichte, zur Sicherheit der FARC beizutragen, nachdem diese die Waffen niedergelegt haben wird. Ein riesiger Rückhalt in einem kritischen Moment. Minuten später teilte Timochenko über Twitter mit: „Jene, die seinerzeit den Plan Colombia unterstützten, sind heute bereit, den Frieden in Kolumbien zu fördern und zu begleiten“, und Kerry schloss am Mittwoch nicht aus, dass das Verfahren, die FARC von der Terroristenliste zu streichen, sofort beginnen könne.

Kerrys Detailkenntnisse über die bereits in Havanna geschlossenen Vereinbarung verblüfften sowohl die Vertreter der Regierung als auch die der FARC, wobei beide anerkannten, dass Obamas Beobachter des Prozesses, Bernie Aronson, seine Sache gut gemacht habe und auch in diesen kritischen Momenten ein Schlüsselfaktor zur Aufrechterhaltung des Vertrauens geblieben sei. Zweifellos bedeuten für Obama die Wiederherstellung der Beziehungen zu Kuba und die Beendigung

des letzten Guerrillakrieges in Lateinamerika die Überwindung einer Vergangenheit, deren Geisel er nicht sein möchte, wie er in seiner inspirierenden Rede im Theater Alicia Alonso ausführte.

Trotz der Kälte, die in diesen Tagen den Verhandlungstisch in Havanna überzog ist klar, dass die Verhandlungen sich in der Schlussphase befinden. Es wäre blauäugig zu glauben, diese letzte Wegstrecke sei leicht. Wie im Sport sind es nun die entscheidenden Stunden, in denen alle sich anstrengen, das Ziel zu den bestmöglichen Bedingungen zu erreichen. Deswegen war diese letzte Verhandlungsrunde – mit 22 Tagen ohne Pause die längste des gesamten Verhandlungsprozesses – von Zwischenfällen geprägt, angespannt und vielleicht frustrierend. Die Ängste und das Misstrauen lagen auf der Hand. Die Differenzen bezüglich der Zonen, in denen die Guerrilleros konzentriert werden sollen und die Modalitäten der Entwaffnung traten zutage, als man sie am wenigsten erwartete, und sie sind weit davon entfernt, lediglich technischer Natur zu sein. Stattdessen sind es für beide Seiten höchst sensible Themen.

Die großen Meinungsverschiedenheiten

Wenn das Schlussabkommen unterzeichnet sein wird, müssen sich die Kämpfer der FARC in bestimmten Zonen versammeln, wo dann der Prozess der Niederlegung der Waffen beginnen soll. Dieser soll ablaufen während einer Feuereinstellung und der Beendigung der Feindseligkeiten unter Verifizierung durch den UN-Sicherheitsrat und soll theoretisch höchstens ein Jahr dauern. Alles schien klar zu sein hinsichtlich der Einrichtung dieser Zonen, nachdem der Kongress das Gesetz über die Öffentliche Ordnung mit Unterstützung durch alle Parteien vor zwei Wochen geändert hatte, allerdings unter einer Bedingung: Sie dürfen nicht städtische Gebiete einschließen und auch nicht die zentralen Orte der Gemeinden. Obgleich es auch Differenzen über die Zahl und Ausdehnung dieser Zonen gab, löste erst der Vorschlag der Regierung einen wahren Tsunami aus, wie die interne Verwaltung dieser Zonen zu handhaben sei.

Die grundlegende Meinungsverschiedenheit besteht darin, wofür diese Zonen dienen sollen. Auch wenn beide Seiten anerkennen, dass die Konzentration nur für eine Übergangszeit stattfinden soll, so heißt das für die Regierung, dass die Kämpfer in die Legalität überwechseln sollen, während es für die FARC eher ein Übergang vom Krieg in die Politik sein soll. Die Regierung will, dass die Guerrilleros dann identifiziert werden sollen, ihre Personalausweise erhalten, in bestimmten staatlichen Organisationen (Krankenversicherung usw.) eingeschrieben werden und sich einem Projekt zur gesellschaftlichen Wiedereingliederung anschließen sollen. Dagegen ist es für die Guerrilla der Beginn ihrer politischen Arbeit. Dies hat praktische Auswirkungen hinsichtlich eines sehr sensiblen Themas: Der Anwesenheit der Zivilbevölkerung und der staatlichen Institutionen.

Der Regierung schwebt vor, bei diesen Zonen solle es sich um sehr entlegene Orte handeln, möglichst ohne Zivilbevölkerung oder Bildungseinrichtungen, um Verletzungen des Internationalen Humanitären Rechts zu vermeiden. Diese Absicht der Isolierung befremdete die FARC, weil sie der Meinung ist, ihr Übergang in die Politik fände am besten statt über einen intensiven Kontakt mit der Bevölkerung. Die Regierung möchte nicht, dass Zivilpersonen Zugang zu diesen Zonen erhalten, noch sollten dort Versammlungen ohne Autorisierung durch die Regierung stattfinden.

Was die Regierung mit diesen Konditionierungen verhindern will, sind Beschwerden der dortigen Bevölkerung, der Willkür der FARC ausgeliefert zu sein, während diese die Waffen noch nicht vollständig abgegeben hat. Deshalb schlägt sie auch vor, wenn dort Zivilbevölkerung lebt, diese eine Gemeinschaftspolizei formieren solle. Das ergibt Sinn, soll doch im Fall der FARC erstmals von der Regierung ein solch striktes Konzept der Truppenkonzentration praktiziert werden. Zum Beispiel wurde der M19 (Guerrillabewegung, die sich in den 1990er Jahren in eine Partei umwandelte, A.d.Ü.) Santo Domingo, ein Ortsteil im Departement Cauca, als Ort zur Waffenniederlegung zuerkannt und der AUC (paramilit. Bewegung, die um 2007 demobilisiert wurde, A.d.Ü.) der Ortsteil Santa Fé Ralito

im Departement Córdoba. In diesem Punkt scheint die Regierung eine noch härtere Haltung einzunehmen als das Demokratische Zentrum (Rechte Partei von Expräsident Uribe, A.d.Ü.), das bisher bereits rund 10 Entschließungsanträge im Kongress stellte, welche das Reglement in den Zonen der Konzentration betrafen.

Eine weitere große Differenz besteht darüber, wer die Zonen verlassen und wer in sie eintreten darf. Die Regierung ist der Meinung, dass Haftbefehle lediglich innerhalb der Zonen ausgesetzt sind und dass jegliches Verlassen der Zonen – etwa durch die Sprecher der FARC – ihrer Erlaubnis bedürfe und zudem von den UN-Beobachtern kontrolliert werden müsse. In den Augen der FARC heißt das, sie würden zu Gefangenen. Hingegen erhoffen sie etwas wie das andere Extrem, das wenig realistisch erscheint: Dass die Haftbefehle gegen alle ihre Leute im Moment der Unterzeichnung des Schlussdokuments aufgehoben werden und alle sich frei bewegen dürfen.

Das andere komplizierte Thema betrifft die Waffen. Während nach Ansicht der Regierung die Guerrilleros beim Eintritt in die Konzentrationszone ihre Waffen unter internationaler Aufsicht in Containern ablegen sollen, und nur eine sehr geringe Zahl zum Schutz der Camps behalten werden sollte, müsste nach Meinung der Guerrilla die Entwaffnung Schritt für Schritt erfolgen. Die Regierung hält die definitive Niederlegung der Waffen für die Flagge, unter der die Umsetzung der Friedensvereinbarungen mit Wiedereingliederung, Rechtsprechung und politischer Beteiligung beginnen kann. Die Guerrilla denkt anders. Nach ihrer Meinung müssen während der Konzentration, auch wenn die Niederlegung der Waffen noch nicht vollständig erfolgt sein wird, drei Dinge geschehen: Dass die Vereinbarungen gesetzlich verankert werden müssen, sie von der Bevölkerung bestätigt werden sowie ihre Umsetzung begonnen wird, vor allem in Sachen Amnestie und Begnadigung.

Beide Seiten haben gewichtige Gründe zur Verteidigung ihrer Positionen und zur Vorbringung von Bedenken. In gewisser Weise ist nun die Stunde der Wahrheit im Friedensprozess gekommen. Für die Guerrilla ist der Moment der Waffenabgabe der schwierigste von allen. An der Notwendigkeit haben zwar ihre Chefs in Havanna keinerlei Zweifel. Aber sicherlich ist es für sie nicht einfach, 10-15.000 ihrer Leute davon zu überzeugen, von einem Tag auf den anderen ihre Gewehre abzugeben und einer Regierung zu vertrauen, die bis heute ihr Feind war. Jene, die als Ausbilder in FARC-Camps waren, berichten, dass sich Fragen häufen wie: Werden sie uns töten?, Werden sie uns ins Gefängnis stecken?, Werden sie uns täuschen? Und all das geschieht unter dem Eindruck, dass der Paramilitarismus wieder zunimmt.

Aber auch die Delegation der Regierung macht sich zu einem Träger von Bedenken und Ängsten breiter Kreise der Gesellschaft, die ihrerseits fragen: Wird sich die FARC an die Vereinbarungen halten?; Werden sie alle Waffen abgeben?, Tritt die FARC in eine Komfortzone ein, indem sie Politik machen darf, während sie noch bewaffnet ist?

Derzeit sind es die Themen der Justiz und der Niederlegung der Waffen, welche die FARC menschlich am meisten berühren, die aber zugleich die kniffligsten sind gegenüber der öffentlichen Meinung. Die Legitimität des Friedensprozesses, und somit auch seine eventuelle Bestätigung durch die Bevölkerung, hängt zu einem guten Teil davon ab, dass die Leute verstehen, dass es keine Straflosigkeit geben wird und dass sie glauben, dass die FARC wirklich die Waffen niederlegt und sie nicht benutzt, um Politik zu machen. Daher stehen die jetzt in den Verhandlungen diskutierten Punkte, die oft so technischer Natur zu sein scheinen, in Wirklichkeit im Zusammenhang mit unmittelbaren politischen Herausforderungen. Die FARC, die um ihren schlechten Ruf auf der nationalen Bühne weiß, braucht die Zonen, um sich dort leichter in eine Partei verwandeln zu können. Und vor allem, wie sie es bereits in Conejo, Dept. La Guajira, vorführte, um zu agitieren und um Anhänger ihres Vorschlags der Bildung einer Verfassungsgebenden Versammlung zu gewinnen.

Die Regierung verschärft die Regeln für die Zonen der Konzentration und glaubt, dadurch mehr Zustimmung in einer Volksabstimmung über das Abkommen mit der FARC zu erreichen. Dabei ist es eine Sache, ob die Volksabstimmung in Zonen stattfindet, wo die FARC noch immer Waffen trägt, jedoch eine andere, ob sie dort Zivilkleidung trägt, studiert und sich auf das Zivilleben vorbereitet.

Das ist also die Diskrepanz. Und obgleich man heute die Positionen als weit voneinander entfernt wahrnimmt, ist für beide Seiten klar, dass man noch in diesem Jahr ein Schlussabkommen unterzeichnen wird. Auch darüber, dass die Waffenübergabe stattfinden muss, ehe das Jahr zu Ende geht. Aber jetzt will keiner mehr ein Datum nennen.